



Protokoll der 4. Sitzung des Einwohnerrates

vom 28. Oktober 2020, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Holinger Lorenz (SVP), Mägli Patrick (SP), Meyer Denise (SVP) und Meyer Hanspeter (SVP)

Stadträtin Marie-Theres Beeler

Traktanden	Laufnummer
1. Grammetstrasse und Pumpwerkwerkstrasse, Nachtragskredite für das Bauprojekt Kanalisation und Strassensanierung – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) <i>://: Mit 32 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen beschliesst der Rat den Nachtragskredit von TCHF 310 für den Strassenbau und TCHF 82 für die Kanalisation.</i>	2020/201 2020/201a
2. Quartierplanung Osboplatz <i>://: Die Vorlage wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.</i>	2020-13
3. Fair Trade Town – Postulat «Fair Trade Town Liestal» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion und Bruno Imsand der FDP-Fraktion <i>://: Das Postulat wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.</i> <i>://: Der stadtärztliche Antrag für die Abschreibung des Postulates mit 13 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.</i>	2020/203
4. Hochwasser im Bintal – Interpellation zum Hochwasser im Bintal im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau der Psychiatrie von Dominique Meschberger der SP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist erledigt.</i>	2020-7
5. Rathausstrasse verkehrsfrei – Interpellation «Verkehrsfreie Rathausstrasse» von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist erledigt.</i>	2020-9
6. Rassismus – Postulat «Rassismus in Liestal» von Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>://: Das Postulat wird mit 6 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.</i>	2020-10
7. Wiedenhubstrasse – Postulat «Wiedenhubstrasse mit Einbahnverkehr» von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>://: Das Postulat wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.</i>	2020-11

8. Kunstrasenfeld als Partymeile – Interpellation «Neues Kunstrasenfeld als Partymeile?» von Thomas Eugster der FDP-Fraktion 2020-12
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) heisst die Ratsmitglieder, den Stadtrat, die Medienvertreter und Gäste willkommen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Im Zusammenhang mit dem angepassten Schutzkonzept COVID-19 werden folgende Punkte speziell erwähnt:
 - Der Sitzplan mit den Sicherheitsabständen ist beim Eingang zum Landratssaal angeschlagen und den Ratsmitgliedern mit gestriger E-Mail zur Kenntnis gebracht worden.
 - Beim Haupteingang zum Regierungsgebäude werden Hygienemasken abgegeben. Für alle Anwesenden im Landratssaal gilt die Maskentragpflicht.
 - Die Redner bleiben bei ihren Voten sitzen. Die Referenten bzw. Kommissionspräsidenten werden die Kommissionsberichte an ihrem eigenen Platz vorstellen.
 - Die Benützung der Desinfektionsmittel-Spender bei den Ein- und Ausgängen wird empfohlen.
 - Die Türen im Landratssaal bleiben offen, die Fenster bleiben geschlossen.
 - Die Zuschauertribüne ist offen. Die Gäste auf der Tribüne haben sich in einer Präsenzkontrolle einzutragen.
 - Wer krank ist oder sich krank fühlt, muss die Veranstaltung verlassen.
 - Am Schluss der Sitzung muss der Saal und das Regierungsgebäude verlassen werden. Ein Verweilen im Vorraum oder Foyer ist nicht gestattet.
 - Es findet keine Pause statt.
- Die Sitzung wird um ca. 19.00 Uhr geschlossen, wobei die Sitzung durch keine Pause unterbrochen wird.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind mit E-Mail vom 27.10.2020 die neuen ER-Vorstösse zur Kenntnisnahme gebracht worden. Der Versand der neuen Vorstösse erfolgt mit dem ordentlichen Versand für die nächste Sitzung vom 25. November 2020.

Die Stimmausweise sind zusammen mit den Schutzmasken beim Rathauseingang verteilt worden.

Neue persönliche Vorstösse

- Ruftaxi statt Ortsbus – Postulat «Ruftaxi statt Ortsbus: Mehr öV zum kleinen Preis» von Stefan Fraefel und Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020-16)
- Stillstandzeiten nutzen – Postulat «Stillstandzeiten nutzen» von Domenic Schneider und Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020-18)
- Recycling SBB-Baustelle – Interpellation betreffend Recycling auf SBB-Baustelle von Beat Gränicher der SVP-Fraktion (Nr. 2020-19)
- Quartierschliessung – Postulat betreffend Quartierschliessung von Pascale Meschberger namens der SP-Fraktion (Nr. 2020-20)
- Parkhäuser-Benennung – Kleine Anfrage «Benennung der Stedtli-Parkhäuser» von Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020-21)
- Parkhäuser online – Kleine Anfrage «Parkhäuser online finden» von Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020-22)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|------------------------------------|--|
| - Niederhauser Sonja (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Reichenstein Daniela (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Bühler Joel (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert darüber, dass vom Stadtrat an der gestrigen Sitzung das Budget 2021 mit einem Aufwandüberschuss von 5,7 Mio. Franken verabschiedet wurde. Corona ist nur ein Grund für das schlechte Budget. Weitere Gründe sind die weiterhin hohen Zentrumslasten. Im 2021 wird deshalb auch ein Projekt zur Aufgabenüberprüfung gestartet, dabei sollen auch die Zentrumslasten angeschaut werden. Die Entwicklungsprojekte sollen dennoch vorangetrieben werden. Eine weitere starke Verschuldung ist unumgänglich, obwohl geplante Schulhaussanierungen weiter nach hinten geschoben werden mussten. Das Budget 2021 und auch die Finanzplanung für die nächsten Jahre wird eine Herausforderung für alle sein. Das Budget 2021 wird bis Ende Woche verschickt und daraus können weitere Detailinformationen entnommen werden.

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug auf die Petition «Fussgängerstreifen Bienentalstrasse» und erklärt, dass es grundsätzlich in Zonen mit Tempo 30 keine Fussgängerstreifen gibt. Da aber im betreffenden Gebiet der Lastwagenverkehr stark zugenommen hat, wurde eine Verkehrswache während den Schulwegzeiten organisiert. Die Schulleitung hat die Eltern schriftlich über die getroffenen Sicherheitsmassnahmen informiert und diesen auch eine Kontaktperson vom Bereich Tiefbau angegeben.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste der heutigen Sitzung wird gemäss Einladungsschreiben vom 14. Oktober 2020 genehmigt.

32 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Grammetstrasse und Pumpwerkstrasse, Nachtragskredite für das Bauprojekt Kanalisation und Strassensanierung – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (Nr. 2020/201)

Werner Fischer (FDP) stellt den Kommissionsbericht der Bau- und Planungskommission (BPK) gemäss Vorlage Nr. 2020/201a vor: Das Geschäft war in der BPK relativ unbestritten. Zu diskutieren gab eigentlich nur, dass die Schnittstellen von Strassen- und Privatreal nicht mehr konform waren und dies wird mit der Projektrealisierung nun doch gelöst. Das Submissionsverfahren ist abgeschlossen und das günstigste Angebot ist berücksichtigt worden, sonst wäre der Nachtragskredit noch höher ausgefallen. Der Baubeginn hat sich etwas verzögert und wird erst im Frühjahr 2021 starten. Der bereits bewilligte Kredit war zu tief und dieser wird mit dem nötigen Nachtragskredit massiv überschritten.

Vreni Wunderlin (CVP/EV/GPL) meint, es erstaune natürlich schon, dass man beim damaligen Strassenneubau die Kanalisation und Strassenentwässerung nicht zeitgleich auch noch erstellt habe. Wie sich nun heute herausstellt, waren die im Budget 2019 und 2020 eingestellten Kredite zu tief und so müssen heute Nachtragskredite im Gesamtbetrag von beinahe TCHF 400 bewilligt werden, welche fast doppelt so hoch wie die bereits bewilligten Kredite sind. Die Mittefraktion hofft, dass sich solche Planungsfehler nicht wiederholen werden und wird den beiden Nachtragskrediten zustimmen.

Peter Bürgin (FDP) orientiert, auch seine Fraktion wird die Anträge des Stadtrates sowie der BPK unterstützen. Es handelt sich um ein dringendes und notwendiges Geschäft, da die von der Stadt versprochenen Termine bereits Ende 2020 auslaufen und die Anstösser nicht weiter getröstet werden dürfen. Die Vergabe kann nach dem heutigen Ratsbeschluss vorgenommen werden, da das Submissionsverfahren bereits durchgeführt wurde. Stossend an der ganzen Angelegenheit ist schon, weshalb man den Gesamtumfang der Sanierungsarbeiten nicht bereits bei der ersten Kreditvergabe zuverlässiger abgeklärt hatte und es nun heute einem Nachtragskredit im grösseren Ausmass bedarf. Zuverlässigere Abklärungen bei künftigen Projekten sind nötig.

Peter Küng (SP) berichtet, auch die SP-Fraktion unterstütze die beiden Nachtragskredite, zumal der Sanierungsbedarf unbestritten ist.

Beat Gränicher (SVP) erklärt, auch die SVP-Fraktion stimme den Anträgen des Stadtrates und der BPK zu. Eine Rüge für die zu tiefen Kostenschätzungen und -berechnungen wäre im vorliegenden Fall sicher auch angebracht.

Natalie Oberholzer (GL) stellt fest, dass die hohen Nachtragskredite nach den Erklärungen des Tiefbauamtes nachvollziehbar sind. Man kommt nicht darum herum, die relativ hohen Kosten für den kurzen Strassenabschnitt zu berappen. Ihre Fraktion wird den Anträgen ebenfalls zustimmen. In Zukunft wird man aber vermehrt darauf achten müssen, dass Kostenschätzungen von Anfang an realistisch sind, damit weitere böse Überraschungen vermieden werden können. Ebenfalls sollte bei künftigen derartigen Bauprojekten die Verwendung von Recyclingmaterial beim Strassenbau geprüft werden. Zudem sollten sickerfähige Bodenbeläge eingesetzt werden, wann immer dies möglich ist.

Philipp Franke (GL) macht als Einzelsprecher darauf aufmerksam, dass er im Zusammenhang mit diesem Geschäft gelesen hatte, dass gemäss Generellem Entwässerungsplan GEP der Mischwasserkanalisation-Anteil reduziert und Versickerungen eigentlich flächendeckend ermöglicht werden sollte. Für die GEP-Nachführung sind vom Rat im Jahre 2015 die finanziellen Mittel bewilligt worden, doch gemäss Berichterstattungen in den Entwicklungsplänen ist diese Revision noch immer nicht abgeschlossen. Die budgetierte Zeit ist um das Doppelte

überschritten worden und sämtliche Quartierpläne und Überbauungen werden immer noch auf dem verbindlichen alten GEP bewilligt. Den Stadtrat möchte er dazu aufrufen, diese Grundlage bzw. die GEP-Revision prioritär voranzutreiben, damit der neue GEP beschlossen und in Kraft gesetzt werden kann. Denn auch die mit der Vorlage Nr. 2020/201 bewilligte neue Entwässerung ist wohl kaum zeitgemäss.

Stadträtin Regula Nebiker kann als Stellvertreterin der Departementsvorsteherin nicht zu allen Voten Stellung nehmen, danke aber doch für die wohlwollende Aufnahme hier im Rat. Im Zusammenhang mit der GEP-Revision kann sie darüber informieren, dass die GEP-Revision im Budget und auch der Jahresplanung 2021 eingestellt ist.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Mit 32 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen beschliesst der Einwohnerrat den Nachtragskredit von TCH 310 für den Strassenbau und TCHF 82 für die Kanalisation bei der Grammetstrasse und Pumpwerkstrasse.

33 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Quartierplanung Osboplatz (Nr. 2020-13)

Ratspräsident Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Das Büro beantragt dem Rat die Überweisung an die BPK zur Vorberatung.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) äussert, ihre Fraktion frage sich schon, inwiefern die Schaffung zusätzlicher Wohnungen beim jetzigen Leerwohnungsbestand überhaupt Sinne mache. Der QP Osboplatz gefällt, die Uferschutzzone und der Veloweg werden berücksichtigt. Bezüglich der Ein- und Ausfahrt in das Parkhaus erwarte man eine gute Lösung. Der Überweisung an die BPK stimmt die Mittefraktion zu.

Peter Bürgin (FDP) dankt namens seiner Fraktion für die ausführliche Vorlage und informiert darüber, dass man eine BPK-Vorberatung ebenfalls unterstütze. Der QP entspricht der langfristigen Entwicklung der Stadt und ist auch öV-mässig gut angebunden. Die Gefahr eines grösseren Leerwohnungsbestandes sollte nicht bestehen. Auch ist beim vorliegenden QP auf die Wohnqualität, den Ausbaustandard, die Nachhaltigkeit usw. geachtet worden. Trotz der guten Vorarbeiten ist eine genaue Prüfung durch die BPK nötig.

Peter Küng (SP) weist darauf hin, dass nun der letzte QP des Masterplanes Zentrum Nord vorliegt und somit wird auch noch der letzte Teil entlang des Orisbaches verbaut, doch die Renaturierung des Orisbaches hat noch nicht stattgefunden. Die SP-Fraktion stimmt der Überweisung an die BPK zu.

Albert Siegwart (GL) führt aus, die Grüne Fraktion wird der Überweisung an die BPK ebenfalls zustimmen. Jeder neue QP bringt nicht nur zusätzliche Einwohner, sondern auch weitere Autos und Motorfahrzeuge mit sich. Dies führt nebst einer grösseren Umweltbelastung unter anderem dazu, dass das grössere Verkehrsaufkommen auch mit zusätzlichem und längerem Stau sowie Folgekosten verbunden ist. Die BPK sollte deshalb prüfen, ob denn allenfalls ein autofreier oder autoreduzierter Quartierplan bewilligt werden könnte.

Beat Gränicher (SVP) informiert, auch die SVP-Fraktion stimme der Überweisung der stadt-rätlichen Vorlage an die BPK zu.

Stadtrat Daniel Muri gibt bekannt, dass erstmals ein QP vorliegt, bei welchem der Stadtrat hinsichtlich der Fassaden verschiedene Bedingungen gestellt hatte. Diese müssen ökologisch und nachhaltig gestaltet werden, müssen langlebige Kriterien erfüllen und haben natürlich auch der Wärmedämmung zu genügen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wort-begehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Vom Einwohnerrat wird die Vorlage Nr. 2020/13 einstimmig an die Bau- und Planungs-kommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

34 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Fair Trade Town – Postulat «Fair Trade Town Liestal» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion und Bruno Imsand der FDP-Fraktion (Nr. 2020/203)

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen würde, sollte dies der Rat so beschliessen. Der Stadtrat stellt jedoch den Antrag, dass dieses nach der Überweisung gleich wieder abgeschrieben werden soll. An der letzten Ratssitzung wurde das Postulat Nr. 2019/141 «Nachhaltigkeit» und die Umsetzung durch den Stadtrat thematisiert. Das Anliegen der Postulanten würde in diesem Zusammenhang geprüft und gegebenenfalls umgesetzt, wobei das neue Postulat Nr. 2020/203 nicht mehr auf der Pendenzenliste figurieren würde.

Pascale Meschberger (SP) meint als Postulantin, dass es nun an der Zeit ist, Nägel mit Köpfen zu machen. Von der linken Seite sind einige Vorstösse zum Thema Nachhaltigkeit eingereicht worden. So ist auch der neue Vorstoss nicht als Motion, sondern netterweise als Postulat eingereicht worden, obwohl man es mit der konkreten Umsetzung der Forderung ernst meint. Die Organisation ist bekannt und die Auszeichnung der Stadt Liestal mit diesem Label wäre auch kostengünstig. Liestal will in punkto Nachhaltigkeit etwas tun und Fair Trade wäre ein kleiner, aber wichtiger Teil davon. Auch die nachhaltige Produkteherstellung in der Region und beispielsweise der Vertrieb am Genussmarkt in Liestal könnte unter diesem Label geführt werden. Die Postulanten machen beliebt, dass sich Liestal um die Auszeichnung bewirbt, zumal dies für Liestal ein gutes Standort-Marketing wäre und auch die lokalen KMU's unterstützen würde. Die meisten Bedingungen und Auflagen für die Auszeichnung werden wohl schon erfüllt. Sie kann sich mit der gleichzeitigen Überweisung und Abschreibung des Postulates nicht einverstanden erklären, denn dafür braucht es vorgängig zumindest eine Prüfung und auch Berichterstattung. Eine Postulatsabschreibung nach Treu und Glauben unmittelbar nach der Überweisung wäre ja schon eine etwas komische Reihenfolge bei diesem politischen Prozess.

Bruno Imsand (FDP) fügt als Mitpostulant an, dass seit Beginn der Corona-Krise im Frühjahr die Produkte regionaler und lokaler Anbieter und Bauern sehr gefragt sind. Das Postulat ist bereits zum dritten Mal traktandiert und an der letzten Sitzung hatte sich der Rat mit dem Thema Nachhaltigkeit befasst. Er als Postulant und die Mitglieder der FDP-Fraktion haben das Vertrauen in den Stadtrat, dass dieser sich dem Thema annehmen wird, weshalb man die Überweisung und gleichzeitige Abschreibung des Postulates unterstützt.

Natalie Oberholzer (GL) bemerkt, mit dem Instrument sowie der Auszeichnung «Fair Trade Town» kann die Bevölkerung für einen nachhaltigen fairen Konsum sensibilisiert werden und damit würde auch das Engagement einer Gemeinde sichtbar gemacht. Eine Prüfung des Postulates durch den Stadtrat lohnt sich bestimmt, bringt verschiedene Vorteile mit sich und das Rad muss auch nicht neu erfunden werden. Und so lange in der Stadt Liestal keine Person angestellt ist, die den Fokus auf die nachhaltige Entwicklung hat, ist man gezwungen, ständig mit Vorstössen und Anträgen hier im Rat vorstellig zu werden. Ihre Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulates, lehnt eine Abschreibung an der heutigen Sitzung ab.

Joel Bühler (SP) orientiert, die SP-Fraktion stimme der Postulatsüberweisung zu und wird die Abschreibung an der heutigen Sitzung ebenfalls ablehnen. Verschiedene Städte und Gemeinden wie Amriswil, Bellinzona, Bern, Burgdorf usw. verfügen bereits über die Auszeichnung «Fair Trade Town» und es war schon an der Zeit, dass auch Liestal bezüglich Nachhaltigkeit nun mal konkrete Schritte einleiten würde. Für die Grösse von Liestal würden die Folgekosten CHF 1'900.— im Jahr betragen, was doch eine relative günstige Auszeichnung für all die Vorteile wäre. Eine tiefere Prüfung des Postulates ist nötig und eine Vermischung mit anderen Dingen im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsfragen macht keinen Sinn, weshalb man einen separaten Bericht des Stadtrates zu diesem Postulat erwartet.

Patricia Bergamin (SVP) führt aus, dass eine weitere Auszeichnung auf der Internetseite von Liestal sich ja durchaus gut machen dürfte. Für diese Auszeichnung muss jedoch eine Arbeitsgruppe gebildet sowie jährlich der Beitrag von CHF 1'900.— bezahlt werden. Sie bezweifelt, dass damit die Sensibilisierung der Bevölkerung den erhofften Erfolg bringt, denn es müssen schlussendlich alle selbst entscheiden, ob sie fair und nachhaltig einkaufen werden. Ihre Fraktion unterstützt die Überweisung mit gleichzeitigen Abschreibung des Postulates.

Susanna Thommen (CVP/EVP/GLP) informiert, die Mittefraktion unterstütze die Auszeichnung von Liestal mit «Fair Trade Town».

Beat Gränicher (SVP) sagt, dass es seit 25 Jahren verschiedene Labels gibt und immer wieder neue Labels dazu kommen. Nun soll der Stadtrat mit einem neuen Label gar noch Einfluss auf die örtlichen Läden bezüglich deren Angebot nehmen? Er habe sich gewundert, dass der Stadtrat sogar bereit ist, ein solches Postulat übernehmen zu wollen. Dass von der SP-Fraktion ein solcher Vorstoss eingereicht wird, ist ja noch nachvollziehbar, doch die Mitunterzeichnung durch Bruno Imsand der FDP-Fraktion habe er schon gar nicht verstanden. Eigenverantwortung ist angesagt und so kaufe er die Eier schon seit 30 Jahren beim Bauer. Und sollte dann doch noch eine Arbeitsgruppe gebildet werden, würde er sich gegebenenfalls auch noch melden, damit er auch noch etwas Sitzungsgeld kassieren kann.

Michael Durrer (GL) äussert, es ist natürlich auch in der Eigenverantwortung der SVP-Fraktion, was sie im Zusammenhang mit dem vorliegenden Vorstoss stimmen werden. Wenn man sich aber schon so vehement gegen das Postulat ausspricht, sollte die SVP-Fraktion eigentlich den Vorstoss konsequent schon gar nicht überweisen.

Dominique Meschberger (SP) empfiehlt, doch zuerst einmal die Website zu konsultieren, bevor man von Nötigung spricht. Es geht nicht darum, gewisse Produkte anbieten oder kaufen zu müssen, sondern vielmehr um eine Motivation von Verkäufern und Käufern. Auch geht es nicht um ein Label, sondern um eine Auszeichnung und der Vorschlag sollte doch genau geprüft werden. Eine gleichzeitige Überweisung und Abschreibung sehe sie beim vorliegenden Vorstoss gar nicht. Vielleicht könnte sich der Stadtrat auch noch über die Abschaffung von Labels unterhalten, da diese vielleicht unnötig geworden sind.

Bernhard Bonjour (SP) bemerkt, dass die SVP-Fraktion durchaus die Meinung vertreten darf, dass die Auszeichnung nichts wert sei. Ist es nun aber neuestens so, dass wenn man gegen einen Vorstoss ist, diesen überweist und gleichzeitig abschreibt? Diese Praxis müsste doch so gedeutet werden, dass man den Vorstoss nicht wirklich ernst nehme.

Thomas Eugster (FDP) stellt die Vermutung und Interpretation des Vorredners in Abrede. Im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit hat der Stadtrat noch einige Aufgaben zu erfüllen und die mit dem Postulat vorgeschlagene neue Auszeichnung wäre doch ein Bestandteil davon. Es macht doch angesichts der fehlenden Ressourcen und Kostenfolgen keinen Sinn, dass der Stadtrat zwei Berichte zum gleichen Thema schreibt. Das Vorgehen für eine Überweisung mit gleichzeitiger Abschreibung des Postulates ist aus pragmatischen Gründen vorgeschlagen worden, zumal der Stadtrat versprochen hat, sich dem Postulat anzunehmen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler hält fest, dass sich der Stadtrat nicht für eine Übernahme des Postulates ausgesprochen hätte, wenn er die Auszeichnung «Fair Trade Town» nicht möchte. Dem Stadtrat geht es darum, dass man zusammen mit dem Nachhaltigkeitsprojekt eine saubere Auslegeordnung machen und eine Priorisierung vornehmen will. Das Thema Nachhaltigkeit gehört zur Kultur und in die Köpfe aller Mitarbeitenden, dazu braucht es noch Überzeugungsarbeit und nicht die Anstellung einer Einzelperson, welche sich ausschliesslich nur der Nachhaltigkeit widmet. Und sollte der Rat nun die Überweisung beschliessen und die Abschreibung ablehnen, kann er nicht dafür garantieren, dass innerhalb eines halben Jahres schon ein Bericht zum Postulat Nr. 2020/203 vorgelegt werden kann.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2020/203 wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

://: Der stadträtliche Antrag für die Abschreibung des Postulates wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

35 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Hochwasser im Bental – Interpellation zum Hochwasser im Bental im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau der Psychiatrie von Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2020-7)

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug auf die Fragen der Interpellantin und erklärt, dass er zum ganzen Projekt im heutigen Zeitpunkt keine genaueren Angaben machen kann. Das Projekt muss von der Stadt, der Gebäudeversicherung und auch der Bauherrschaft zuallererst noch ausgearbeitet werden und diesbezüglich besteht auch kein dringender Handlungsbedarf. Zur gegebenen Zeit kann er näher Informationen geben, doch das ist an der heutigen Sitzung einfach nicht möglich.

Dominique Meschberger (SP) wünscht als Interpellantin die Diskussion.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Dominique Meschberger (SP) meint, sie könne es durchaus akzeptieren, dass ihre Fragen aus den vorerwähnten Gründen heute nicht beantwortet werden können. Der Spatenstich für den Neubau der Psychiatrie ist ja bereits erfolgt und dabei hatte Regierungsrat Thomas Weber einen Eishockeyspieler zitiert, welcher gesagt haben soll, dass er nicht dahin laufe, wo der Puck ist, sondern dahin, wo der Puck sein wird. Bei einem Bauvorhaben von 66 Mio. Franken kann man ja erwarten, dass auch die Bauherrschaft vorausschauend hinsichtlich des Hochwasserschutzes etwas unternimmt. Sie gehe schon davon aus, dass diesbezüglich auch die Stadt den Finger darauf hält und auch der im Vorstoss erwähnten Kanalisations-Problematik die gebührende Beachtung schenken wird.

Natalie Oberholzer (GL) meint, sie sei hinsichtlich der erwähnten Kanalisationsproblematik und dem eingedohnten Bentalbächlein auch stutzig geworden, denn Fliessgewässer dürften eigentlich gar nicht eingedohlt werden. Bei Bauvorhaben sollte auch die Gewässerschutzgesetzgebung nicht vergessen gehen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, er habe noch selten eine so gute und informative Interpellation gesehen wie im vorliegenden Fall. Und er habe es auch noch nie erlebt, dass Fragen einer Interpellation mit solch nichtssagenden Antworten durch den Stadtrat beantwortet wurden. Genauere Informationen des Stadtrates dürften ja schon erwartet werden, auch wenn es nur die Grundhaltung des Stadtrates wäre. So hätte etwas zur vierten Frage gesagt werden können.

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass er bereits vorgängig erwähnt habe, dass das Projekt durch die Parteien noch ausgearbeitet werden muss. Auch der Stadtrat ist natürlich daran interessiert, dass Massnahmen zu Gunsten des Hochwasserschutzes getroffen werden und die Gesetzgebung auch im Zusammenhang mit dem Bentalbächlein angewendet wird. Seine unkonkreten Antworten haben nichts mit Desinteresse zu tun, sondern sind damit zu begründen, dass er die Antworten angesichts des fehlenden Projektes einfach noch nicht geben kann.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat.

36 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Rathausstrasse verkehrsfrei – Interpellation «Verkehrsfreie Rathausstrasse» von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2020-9)

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug auf die erste Frage, ob denn der Stadtrat bereit sei, die Rathausstrasse und den oberen Teil der Kanonengasse als verkehrsfreie Zone zu bezeichnen und für den Zweiradverkehr Ersatzrouten vorzusehen. Diese Frage kann er nicht bejahen und auch nicht verneinen, denn der Stadtrat ist der Meinung, dass für den Genussmarkt am Samstag das Stedtli für den Zweiradverkehr gesperrt wird, die Kanonengasse hingegen nicht. In einer Begegnungszone sollte es doch nicht so sein, dass sich alle Verkehrsteilnehmer und Strassenbenützer nur als Egoisten begegnen. Die Fussgänger sind in dieser Zone vortrittsberechtigt, dürfen aber die Fahrzeuge nicht unnötig behindern. Die Situation im Stedtli wird weiter beobachtet und vom Stadtrat wird gegebenenfalls doch noch ein Fahrverbot für den Zweiradverkehr geprüft, sollte ein solches gegebenenfalls doch Sinn machen bzw. nötig sein. Die kantonale Veloroute führt durch die Rathausstrasse und deshalb ist ein Fahrverbot bzw. eine Verlegung dieser Route nur in Absprache mit dem Kanton möglich. Es wäre sicher für viele Touristen und Velofahrer ein Verlust, würde diese Route nicht mehr durch das Stedtli bzw. die Rathausstrasse führen.

Beat Gränicher (SVP) wünscht stellvertretend für den heute abwesenden Interpellanten Hanspeter Meyer die Diskussion.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Beat Gränicher (SVP) legt dar, dass auch der Interpellant nicht ein Freund von Verbotstafeln ist. Ein Zusammengehen aller Stedtlibesucher sollte doch möglich sein und schliesslich sind ja alle froh, dass das Stedtli heute viel belebter ist als früher. Man kann nur hoffen, dass wegen zu schnell fahrenden Zweiradfahrenden keine Unfälle passieren, was wohl nur mit einer vermehrten Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer vermieden werden kann.

Thomas Eugster (FDP) teilt mit, seine Fraktion unterstützt die Meinung und Haltung des Stadtrates. Es würde aber schon Sinn machen, dass die kantonale Veloroute nicht mitten durch das Stedtli führen würde, denn diese wird ja vermutlich von mehr Pendlern mit schnellen E-Bikes als Touristen benützt. Eine Verlegung ist sicher nicht einfach, da halt die Rathausstrasse schon die kürzeste Verbindung ist.

Dominik Beeler (GL) orientiert, dass seine Fraktion diesbezüglich die Meinung nicht geändert hat und sich nach wie vor gegen ein Verbot ausspricht, da ein solches die Falschen bestrafen würde. Auch er selbst habe schon rasende E-Biker festgestellt und die in der Interpellation geschilderte Problematik ist auch bekannt. Auch fahren E-Bikes mit gelben Nummern verbotenerweise durch die Rathausstrasse. Seine Fraktion wird sich Überlegungen machen und mögliche Lösungsansätze mit einem Postulat dem Rat vorlegen.

Bernhard Bonjour (SP) findet es grundsätzlich erfreulich, dass der Veloverkehr zunimmt und beim vorliegenden Vorstoss geht es auch nicht darum, dass man die Verkehrsteilnehmer gegeneinander ausspielen möchte. Eine Mehrheit seiner Fraktion ist der Meinung, dass der jetzige Zustand unhaltbar ist, obwohl alle Fraktionsmitglieder grundsätzlich das Velofahren unterstützen. Bereits im Mai 2018 hatte man über einen ähnlichen SVP-Vorstoss hier im Saal diskutiert und schon damals ist vom Stadtrat gesagt worden, dass man zuallererst mal abwarten und die weitere Entwicklung beobachten will, bevor man etwas unternahme. Und er hört immer wieder davon, dass es zu gefährlichen Situationen zwischen Velofahrern und Fussgängern kommt. Im vergangenen August ist sein dreijähriges Enkelkind in der Rathausstrasse von

einem Velo angefahren worden, ihr ist nebst schweren Kopfprellungen nichts passiert und es hätte wesentlich Schlimmeres passieren können. Mit all den Ständen und Aussenstuhlungen bei Cafés und Restaurants hat man als Fussgänger schon das Gefühl, sich in einer verkehrsfreien Fussgängerzone zu befinden, was aber halt nicht der Fall ist. Man läuft mit Kindern auf dem Trottoir, sofern es eines gibt. Ohne Trottoir hat man doch automatisch das Gefühl, dass man sich in eine Zone befindet, wo man sich frei bewegen kann. Die jetzige Situation in der Rathausstrasse ist deshalb eine Falle für Fussgänger und Velofahrer, denn die Fussgänger meinen, dass sie sich in einer verkehrsfreien Fussgängerzone befinden, was aber nicht der Fall ist. Und die Velofahrer haben das Gefühl, dass alle in der Rathausstrasse von der kantonalen Radroute wissen und mit Velofahrern rechnen müssen, was aber wiederum auch nicht der Fall ist. Das allseits bekannte Problem muss nun gelöst und es kann nicht länger zugewartet werden. Oder wartet man ab, bis genügend Unfälle passiert sind, damit man etwas unternimmt? Problematisch sind auch nicht die Samstage mit dem Markt, da die Präsenz vieler Leute auf der Strasse bekannt und sichtbar ist. Die Unfälle und heiklen Situationen passieren meist während der Woche, wenn es gar nicht so viele Leute im Stedtli hat, denn dann lässt man halt die Kinder auch eher auf der Strasse alleine spielen und die Velofahrer werden eher zum schnelleren Fahren verleitet. Der Stadtrat ist in der Pflicht und muss schnell eine Lösung finden bzw. eine Ersatzroute für die Velofahrer finden. Eigentlich hatte er diesbezüglich eine Motion einreichen wollen, doch hatte man erfahren, dass eine solche nicht zulässig ist, da diesbezügliche Änderungen und Massnahmen dem Stadtrat vorbehalten sind. Handlungsbedarf ist nötig, denn weitere heikle Situationen würden wohl eher zu einer Negativwerbung betreffend der Rathausstrasse führen.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass «Vernunft» und «Eigenverantwortung» wohl nicht nur wegen der Coronapandemie im Moment die häufigsten Schlagwörter sind. Auf dem Marktplatz in Lörrach mussten schlussendlich die Velofahrer auch verbannt werden, weil verschiedene Massnahmen nicht gefruchtet hatten und es immer wieder zu Unfällen mit Fussgängern kam. Und auch in Liestal sollten zuallererst vernünftige Lösungen gesucht werden, bevor man gleich wieder mit einem Verbot kommt.

Benjamin Holinger (GL) erläutert, dass mit Beginn der Erfolgsgeschichte rund um die Rathausstrasse auch die Velofahrer immer mehr zum Thema wurden. Im Zusammenhang mit den Velorouten quer durch Liestal hat man auch ohne die Rathausstrassen-Problematik verschiedene Lücken und einen Flickenteppich. Das Veloroutennetz von Liestal sollte gesamthaft und zusammen mit dem Kanton einmal angeschaut werden, bevor man Verbotsschilder montiert und Teile der kantonalen Radroute umverlegt.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass sie mit dem Velo nicht mehr durch die Rathausstrasse, sondern durch die Kanonengasse fährt, wenn sie mit dem Velo ins Stedtli will. Wegen den zwei Durchgängen zwischen der Rathausstrasse und dem Manor kommt es aber auch dort zu gefährlichen Situationen zwischen Fussgängern und Velofahrern.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) resumiert, dass der Handlungsbedarf wohl unbestritten ist. Den stadträtlichen Widerstand verstehe er nicht ganz, denn vom Stadtrat wurde schon mehrmals die Aussage gemacht, dass für die Autofahrer ein Fussweg von 200 – 300 m zugemutet werden kann. Ist es denn nicht möglich, dass die Velofahrer vor der Rathausstrasse absteigen und rund 100 m zu Fuss gehen würden? Es gibt bereits Radrouten, welche für kurze Strecken durch ein Fahrverbot geführt werden.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat.

37 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Rassismus – Postulat «Rassismus in Liestal» von Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP Fraktion (Nr. 2020-10)

Stadträtin Regula Nebiker sagt, dass der Stadtrat dieses Postulat nicht übernehmen möchte.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) erklärt als Postulant, dass Rassismus und alle Arten von Ausgrenzungen schon immer heikle und wichtige Themen waren. Ziel seines Vorstosses ist es, dass das Thema Rassismus mit Vernunft und Mass angegangen wird, damit eine vermehrte Toleranz und Akzeptanz gefördert werden kann. Er habe sich heute noch überlegt, ob er den Vorstoss zurückziehen soll, doch der Aufwand für die Prüfung und Berichterstattung zu der einfachen Fragestellung dürfte minim sein, weshalb er das Postulat stehen lässt.

Stadträtin Regula Nebiker begründet die ablehnende Haltung des Stadtrates damit, dass das Thema Rassismus wichtig ist und sich der Rat diesbezüglich bereits an der letzten Sitzung schon länger unterhalten hatte. Vom Stadtrat ist die beratende Integrationskommission aufgelöst worden, damit anstelle eines starren Gefässes gemäss neuem Konzept ein dynamisches Gefäss gebildet wird, indem man verschiedene Leute themenspezifisch an einen runden Tisch einlädt. Von diesen Gremien möchte man lernen und diese nicht mit Aufträgen eindecken. Der Vorschlag des Postulanten würde diesem Konzept und Lösungsansatz zuwidersprechen.

Daniel Schwörer (FDP) orientiert, dass die FDP-Fraktion die stadträtliche Linie und Haltung unterstützen kann und das Postulat nicht überweisen wird. Es ist wohl der richtige Weg, wenn sich der Stadtrat ein Konsultativ-Gremium gibt. Damit kann er erfahren, wo der Schuh drückt und in Erfahrung bringen, wie man beispielsweise das Thema Rassismus in Liestal auch angehen kann.

Joel Bühler (SP) freut es schon doch auch etwas, dass sich nach der letzten Ratssitzung mit der längeren Rassismus-Debatte im Zusammenhang mit seinem Vorstoss nun auch die Mittelfraktion für die Rassismus-Bekämpfung einsetzt. Beim vorliegenden Postulat merkt man, dass es primär darum geht, dass man zum Rassismusthema auch etwas gesagt habe und es nicht um die wirkliche Auseinandersetzung mit dem Problem Rassismus gehe. Auch die SP-Fraktion wird die Überweisung des Postulates nicht unterstützen. Dieses Thema sollte in der ganzen Gesellschaft und nicht nur an einem runden Tisch thematisiert werden sollte.

Lukas Heinzemann (SVP) orientiert, die SVP-Fraktion sehe keinen Handlungsbedarf und wird die Postulatsüberweisung nicht unterstützen. Betreffend Rassismus und Toleranz wird bereits in den Schulen ein guter Job gemacht. So dürfte beispielsweise Mobbing ein eher grösseres Problem als Rassismus sein, welchem man sich vermehrt widmen könnte.

Michael Durrer (GL) glaubt, dass man an einem runden Tisch durchaus diskutieren könnte, wo es Rassismusprobleme gibt. Dass der runde Tisch aber auch noch zur Lösung des Problems beitragen wird, bezweifle er aber doch. Seine Fraktion wird der Überweisung des Vorstosses auch nicht zustimmen.

Pascale Meschberger (SP) nimmt Bezug auf das Votum des SVP-Fraktionsprechers und hält fest, dass Rassismus nach wie vor ein Riesenproblem ist. Und wer dies nicht glaubt, kann sich ja auch mal bei dunkelhäutigen Personen erkundigen, die beispielsweise gar in Liestal wohnhaft sind.

Bernhard Bonjour (SP) findet es wichtig, dass man auch in Liestal etwas betreffend dem Rassismus unternimmt. Er selbst ist rassistisch geprägt, weil er so erzogen wurde und deshalb auch heute noch diesbezügliche Reaktionen bekämpfen muss. Rassismus muss in der

Gesellschaft und auch in Liestal thematisiert werden. Vermutlich müssen wir einfach noch den Punkt finden, welcher sinnvoll zu einem Thema gemacht werden kann.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2020-10 wird mit 6 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

38 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Wiedenhubstrasse – Postulat «Wiedenhubstrasse mit Einbahnverkehr» von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020-11)

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug auf die Fragen der Postulanten und erklärt, dass die Führung einer Einbahnstrasse in der Wiedenhubstrasse möglich ist und dies gar in beiden Richtungen. Die Kostenfolgen für die Einführung einer Einbahnstrasse sind nicht bekannt. Der Stadtrat möchte das Postulat nicht übernehmen und erst nach Abschluss der SBB-Bauarbeiten den Einbahnverkehr im ganzen Perimeter im Wiedenhub, Goldbrunnen, Biental usw. zusammen mit dem Kanton prüfen. Der Stadtrat könnte dann ein Gesamtkonzept mit einer sinnvollen Verkehrsführung unterbreiten, doch dies ist aktuell einfach der falsche Moment.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) meint als Postulantin, dass der Moment wohl immer falsch sein dürfte, um den Vorschlag ihres Vorstosses prüfen zu können. Der richtige Moment dürfte aber doch dann sein, wenn man merkt, dass etwas unter den Nägeln brennt und dies ist nun aktuell der Fall. Mit der Baustelle am SBB-Bahnhof konnte der Einbahnverkehr in der Wiedenhubstrasse während längerer Zeit getestet werden. Dabei stellt man fest, dass der Einbahnverkehr trotz massivem Mehrverkehr für die Anwohnerschaft mehr Vor- als Nachteile mit sich brachte, denn diese Strasse ist für den Gegenverkehr zu schmal und bringt unnötige Lärmimmissionen sowie Gefahren für die Velofahrer mit sich. Die Umsetzung ist auch nicht jetzt nötig, doch sollte der Stadtrat nach der Postulatsüberweisung den Vorschlag zumindest prüfen und dann wieder darüber berichten.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) hält als Postulant fest, da ja im dortigen Gebiet sowieso gebaut wird, dürfte der jetzige Moment gar nicht so schlecht sein, um Verkehrsmassnahmen im Zusammenhang mit der Wiedenhubstrasse usw. umsetzen zu können. Gemäss Stadtbauamt ist die Wiedenhubstrasse die zweitmeistbefahrene Strasse in Liestal und wird beispielsweise bei Ereignissen auf der Rheinstrasse meist als Ausweichstrasse genutzt, doch ist die Wiedenhubstrasse als Ausweichstrasse zu wenig breit. Dies dürfte mitunter auch ein Grund dafür sein, weshalb die Signalisationspfosten auf den Verkehrsinseln immer wieder umgefahren werden. Mit dem Vorschlag der Postulanten können sicher verschiedene Bedürfnisse aller Beteiligten unter einen Hut gebracht werden, weshalb der Rat doch den Vorstoss an den Stadtrat überweisen möchte.

Benjamin Holinger (GL) meint, der Vorstoss habe ihn überzeugt, da der Lösungsvorschlag auch einfach und zweckmässig ist. Weshalb soll man nun einen noch besseren Zeitpunkt abwarten, wenn man doch genau jetzt den Einbahnverkehr während längerer Zeit erfolgreich testen konnte? Diese doch recht enge Strasse wird von vielen verschiedenen Verkehrsteilnehmern und Fussgängern benützt. Mit dem neuen Velosteg beim Bahnhof wird der Velofahrer-Anteil noch weiter ansteigen und für die Anwohner der Wiedenhubstrasse dürfte jede Entlastung der Strasse wesentliche Vorteile mit sich bringen. Er wird der Postulatsüberweisung zustimmen.

Werner Fischer (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion spreche sich gegen eine Überweisung des Postulates aus. Als weiteren Aspekt möchte er einführen, dass die Wiedenhubstrasse doch auch eine wichtige Strasse für den Langsamverkehr und für das Gewerbegebiet im Oristal ist und auch die Landwirte wohl diese Route suchen, damit sie beispielsweise nicht über die Kantonalbank-Kreuzung fahren müssen. Man darf wohl nicht alleine nur die Anwohnerschaft anschauen, sondern muss die Vor- und Nachteile auch gesamthaft anschauen. Der Erschliessung des Oristal-Gewerbegebietes ist beispielsweise schon auch noch die gebührende Beachtung zu schenken.

Patricia Bergamin (SVP) informiert, ihre Fraktion finde es auch verfrüht, jetzt über die Einführung des Einbahnverkehrs in der Wiedenhubstrasse zu diskutieren. Der Vorschlag des Stadtrates für die Prüfung der verschiedenen Verkehrsführungen im betreffenden Perimeter nach Abschluss der SBB-Bauarbeiten wird unterstützt und das Postulat deshalb nicht überwiesen.

Reto Derungs (SP) stellt fest, dass man gemäss heutigen Aussagen des Stadtrates immer wieder vertröstet wird und noch zuwarten soll, so auch beim vorliegenden Vorstoss. Es macht Sinn, dass man den Vorschlag gerade jetzt prüfen und gegebenenfalls auch umsetzen soll. Die SP-Fraktion spricht sich grossmehrheitlich für eine Postulatsüberweisung aus.

Beat Gränicher (SVP) erklärt, dass mit der SBB-Grossbaustelle fast wöchentlich neue Verkehrsführungsanpassungen vorzunehmen sind. Die logistischen Probleme müssen nun nicht noch mit weiteren verkehrspolizeilichen Neuordnungen im Zusammenhang mit der Wiedenhubstrasse usw. erschwert werden. Den Vorschlag der Postulanten kann man ja jetzt durchaus prüfen, doch eine Umsetzung sollte erst nach Abschluss der SBB-Bauarbeiten in Betracht gezogen werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners und stellt fest, dass die Postulanten genau diese Vorgehensweise vorschlagen. Nach der Postulatsüberweisung kann ja der Stadtrat mit den Direktbetroffenen die neue Verkehrsführung prüfen, dann dem Einwohnerrat wieder berichten und die Umsetzung gegebenenfalls nach Abschluss der SBB-Bauarbeiten veranlassen.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass es auch für die Postulanten selbstverständlich ist, dass eine allfällige Einführung des Einbahnverkehrs in der Wiedenhubstrasse erst nach Abschluss der SBB-Bauarbeiten realisiert werden soll. Er selbst ist einer der direktbetroffenen Anwohner und wäre teilweise doch über eine Befahrung der Strasse im Gegenverkehr froh, doch nach Abwägung aller Vor- und Nachteile befürwortet er den Einbahnverkehr. Die Strasse ist schon für das Kreuzen von zwei Autos teilweise zu eng und hatte auch schon zu einem Unfall beim Kreuzen eines Autos mit einem grossen Traktor geführt. Der Stadtrat kann ja nach der Postulatsüberweisung dem Einwohnerrat zur gegebenen Zeit immer noch einen ganz anderen Lösungsvorschlag unterbreiten, welcher ja nicht zwingend den Einbahnverkehr beinhalten muss.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2020-11 wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

39 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Kunstrasenfeld als Partymeile? – Interpellation «Neues Kunstrasenfeld als Partymeile?» von Thomas Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2020-12)

Stadträtin Regula Nebiker nimmt Bezug auf die Fragen des Interpellanten und hält fest, dass die Interpellation aus Sicht des Stadtrates durchaus berechtigt ist. Es ist dem Stadtrat bekannt, dass im vergangenen Sommer nicht nur im Gitterli, sondern auch beim KV, dem Gestadeck-Schulhaus und Kindergarten Schwieri zu Hotspots und Partymeilen kam. Kontrollen durch die Polizei und Streetworker mussten intensiviert werden, denn nebst dem Nachtlärm kam es auch immer wieder zu Vandalismus, Littering usw. Dies hat natürlich auch mit der Schliessung von Clubs usw. im Zusammenhang mit Covid-19 zu tun und war eigentlich absehbar. Als Jahresziel 2021 sind Massnahmen im Zusammenhang mit der Nutzung der erwähnten Hotspots definiert worden, welche nicht nur mit Polizei und Repression möglich sein sollten. Mit dem neuen Polizeireglement hat man dann auch ein neues Instrument, mit welchem verschiedene Massnahmen auch umgesetzt werden können.

Thomas Eugster (FDP) erklärt als Interpellant, dass er noch nicht zufrieden ist und die Diskussion wünsche.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Thomas Eugster (FDP) erwartet schon, dass er zu den konkreten Fragen seiner Interpellation auch konkrete Antworten des Stadtrates bekomme, denn er habe wohl nur eine Antwort auf seine erste Frage erhalten.

Stadträtin Regula Nebiker nimmt zu den Fragen des Interpellanten Stellung:

Zur Frage 1: Ja, dem Stadtrat sind auch die nächtlichen Treffs im Gitterli bekannt.

Zur Frage 2: Für die Durchsetzung der Platzregeln ist der Bereich Sicherheit und Soziales zuständig.

Zur Frage 3: Für den Erlass des Platzreglementes ist der Stadtrat zuständig, doch dürfte eine Reglementsergänzung alleine nicht die Lösung sein.

Zur Frage 4: Ja, der Stadtrat ist gewillt und bereit, die Einhaltung der Platzregeln stärker kontrollieren zu lassen.

Thomas Eugster (FDP) ist schon auch der Meinung, dass es Plätze und Orte braucht, wo sich die Jugendlichen aufhalten können, doch dies sollte nicht explizit auf dem neuen und teuren Kunstrasenfeld im Gitterli sein. Nebst dem Littering mit diversen Abfällen, Zigaretten haben wir nämlich dort noch ein mögliches Unfallproblem wegen Glasscherben auf dem Sportplatz. Und genau dort wo es nötig ist, sollte das Regelwerk auch strikte kontrolliert und vollzogen werden. Er dankt dem Stadtrat für die Umsetzung und vermehrten Kontrollgänge sowie Massnahmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, das Kunstrasenfeld sei ja eingezäunt und kann nur durch eine Türe betreten werden. Weshalb schliesst man diese Türe nachts nicht ab?

Schenker Sibylle (SP) meint, sie wohne gegenüber dem vorgängig erwähnten Hotspot Kindergarten Schwieri und dies ist ebenfalls ein falscher Ort, um Party machen zu können. Die Durchsetzung der reglementarischen Bestimmungen ist bestimmt schwer. In der Nähe des Schwieri-Kindergarten befindet sich ebenfalls das sogenannte «Kiffer-Pärkli», welches allgemein bekannt ist. Dort wurden beispielsweise vor rund einem Jahr grössere Abfallkübel montiert, was doch im Zusammenhang mit dem Littering wesentliche Besserungen mit sich brachte. Sie selbst kann schon auch damit leben, dass es teilweise nachts etwas lärmiger ist, hat aber natürlich auch Mühe mit Vandalismus etc. Je nach Hotspot muss man sich wohl Gedanken

über geeignete Massnahmen machen, die schlussendlich Sinn machen. Und es müsste auch klar definiert werden, welche Hotspots man auf keinen Fall mehr dulden wird.

Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass es halt schon geahndet werden müsste, wenn man sich beispielsweise Zutritt zum Kunstrasenfeld verschafft, indem man über den Hag klettert. Und sollten die reglementarischen Bestimmungen zu wenig griffig sein, so müssten diese halt entsprechend angepasst werden.

Stadträtin Regula Nebiker hält fest, dass Übertretungen wohl geahndet werden, doch ist beispielsweise eine Polizeipräsenz rund um die Uhr nicht möglich und bezahlbar.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Verena Baumgartner hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19.10 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Verena Baumgartner

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann